

## NEWS

## EDITORIAL

Damit Luxemburg in Zukunft nicht mehr von fossiler Energie abhängig ist, um heizen zu können, müssen mehr Fernwärmenetze gebaut werden.



FOTO: FRANK WASSMANN/PIVABAY

## ENERGIEKRISE

# Wärmestau

Joël Adami

**Vor Monaten monierte der Mouvement écologique die fehlende Wärmeplanung in Luxemburg. Nun geben ihm die internationale Energieagentur – und die bevorstehende Energiekrise – Recht.**

Die Tripartite-Verhandlungen wurden letzte Woche so überraschend schnell abgeschlossen, dass die woxx, am Donnerstagabend gedruckt, Freitagmorgen schon etwas veraltet war, als sie bei unseren Leser\*innen ankam. Leider hat sich damit auch unsere Vermutung bestätigt: Die Energiekrise wird nur kurzfristig mit Subventionen abgefedert, was leider nur gut für all jene ist, die immer noch von fossilen Brennstoffen abhängig sind.

Bleibt zu hoffen, dass sich die Regierung beim Treibstoff nicht verrechnet hat. Sie geht davon aus, dass der beschlossene Tankrabbat nicht zu mehr Tanktourismus führen wird. Die Vergangenheit zeigt jedoch, dass ein Preisanstieg bei Diesel und Benzin in Luxemburg zu einem höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß führen – eben weil die Differenz zu den Nachbarländern den Einkauf hierzulande ankurbelte. Längerfristige Maßnahmen, um aus dieser Abhängigkeit herauszukommen, wurden nicht angekündigt.

Gerade beim Heizen wäre das jedoch mehr als überfällig, wie diese Woche auch die internationale Energieagentur (IEA) bekräftigte. In ihrem neuesten Bericht über die Energiepolitik Luxemburgs bescheinigt die internationale Organisation Luxemburg gute Noten im Bereich der Dekarboni-

sierung, sieht jedoch noch grobe Mängel im Wärmesektor. Sie schlägt damit in die gleiche Kerbe wie vor einigen Monaten der Mouvement écologique (Méco), der eine landesweite Wärmeplanung und vor allem konkrete Schritte in Richtung Fernwärmenetze forderte. Rund 20 Prozent der Luxemburger CO<sub>2</sub>-Emissionen stammen von Gebäudeheizungen, die zu zwei Drittel mit Gas oder Öl befeuert werden.

## Sollte die Bereitstellung von Wärme und Kälte nicht in die staatliche Grundversorgung fallen?

Die Subventionen für Heizungen mit Wärmepumpe an sich seien hoch genug, da sie die Differenz zu fossilen Anlagen auffangen, so die IEA. Sie schlägt jedoch vor, diese progressiv zu gestalten: Je früher eine Heizung ersetzt wird, umso höher soll die Beihilfe sein. Das, um die Wärmewende so schnell wie möglich zu vollziehen. Mit so einem System könnte vermieden werden, dass in einigen Jahren ein Renovierungsstau entsteht, wenn plötzlich bei allen die Torschlusspanik einsetzt, wenn fossile Brennstoffe immer teurer werden. Die IEA zeigt in Richtung Vereinigtes Königreich, Dänemark und Deutschland – dort gibt es sogenannte „Heat as a Service“-Modelle, von denen Haushalte mit niedrigem Einkommen profitieren könnten. Dabei übernimmt eine Firma die gesamte Sanierungs- und Heizplanung und

verkauft dann die Wärme als Abonnement, was den Besitzer\*innen hohe Investitionen erspart. Vorausgesetzt die Modelle sind sozial gerecht gestaltet.

Überhaupt stellt sich die Frage, ob die Bereitstellung von Wärme und eventuell auch Kälte – es gibt analog zur Fernwärme auch Fernkälte-Netze – nicht in die staatliche Grundversorgung fallen sollte. Ähnlich wie sich Gemeinden heute um die Abfallsorgung kümmern, könnten sie sich in Zukunft um Wärmenetze kümmern. Das ist besonders in dicht bebauten Gebieten wichtig, in denen es nicht so einfach ist, eine Wärmepumpe vor oder hinter dem Haus zu installieren. Das wäre auch für all jene fairer, die zur Miete wohnen und wenig Macht darüber haben, wie die Heizung in ihrer Wohnung befeuert wird.

So wichtig es auch ist, die Auswirkungen der Energiekrise kurzfristig abzufedern, umso wichtiger wäre es, jetzt den Grundstein für eine effiziente und billige Wärmeinfrastruktur zu legen. Damit würden künftige Krisen wesentlich billiger ausfallen. Zur Finanzierung könnte man ja die Subventionen für energiehungrige KI-Projekte kürzen.

## REGARDS

Dossier :

Pacte sur la migration et l'asile : coups d'avance **p. 4**

EU-Migrationspakt tritt in Kraft:

Wettlauf der Schabigkeiten **S. 6**

Tripartite : État providence ! **p. 9**

Brésil : autopsie d'une tentative de coup d'État filmée **p. 10**

Willis Tipps: Juni **S. 12**

## AGENDA

Wat ass lass? **S. 13**

Expo **S. 17**

Kino **S. 18**

Coverfoto: Jilmer Postma/EPA



La nouvelle série du photojournaliste Andrea Ferro documente les tensions sociales entre agriculteur-rices et éleveur-euses dans la région du Sahel,

au Sénégal, qui s'intensifient en raison de la crise climatique. Voir l'interview sur [woxx.eu/ferro](http://woxx.eu/ferro)